



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksversammlung Altona

Drucksachen-Nr.: 20-xxxx

Antrag öffentlich

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
Öffentlich	Bezirksversammlung	23.06.2016

Keine Beerdigung des Sozialen Wohnungsbaus mit Altonas Stimme

Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE

In der Übereinkunft zwischen der Wohnungswirtschaft und dem Senat (Bündnis für das Wohnen in Hamburg: Vereinbarung für das Bündnis für das Wohnen zwischen der FHH und den wohnungswirtschaftlichen Verbänden Hamburgs) sowie der Fortschreibung des „Vertrages für Hamburg-Wohnungsneubau“ heißt es, dass auf privaten Flächen künftig nur noch bei einem Drittel der Wohnungen, die über das Baurecht hinaus durch Befreiungen genehmigt würden, sozialer Wohnungsbau verlangt werden dürfe. Zudem dürfe dies auch nur bei Bauvorhaben mit mehr als 30 Wohnungen gefordert werden. Das bedeutet, dass der soziale, öffentlich geförderte Wohnungsbau bei privaten Investoren nahezu aufgehoben wird. Da die Schaffung geförderter Wohnungen (Olaf Scholz: 3.000 von 10.000) dennoch verwirklicht werden soll, gibt es hierfür, zumindest in Altona, an öffentlichen Flächen in nennenswertem Maße neben Sport- und Schulgeländen nur noch die Feldmarken und den Volkspark, die in Altona bei allen Parteien nicht zur Bebauung in Frage kommen.

Aus diesem Grunde wird die Bezirksamtsleiterin aufgefordert, den Vertrag nicht zu unterschreiben.

Petitum:

Die Bezirksversammlung wird um Zustimmung gebeten.